zerlegt zu werden brauchen. Das letztere ist offenbar nur der äussern Gliederung halber geschehen; denn die Redaction der Kreisexecutionsordnung von 1563 ist doch kein Ereigniss von solcher Wichtigkeit gewesen, dass es einen tiefen Abschnitt in der Kreisrechtsgeschichte zu machen und deren Scheidung in zwei Perioden zu rechtfertigen vermöchte. Diese Theilung aber scheint dem Referenten sich nicht bewährt zu haben. Sie hat zu unnöthigen Wiederholungen geführt und Zusammenhängendes ohne Noth auseinandergerissen. Das grosse Verdienst, das sich L. mit seiner Untersuchung um die Verfassungsgeschichte des 16. Jahrhunderts erworben hat, soll übrigens mit diesen lediglich die äussere Anordnung betreffenden Ausstellungen keineswegs geschmälert werden. Es gehörte schon viel Muth dazu, um sich in diese Materie so zu vertiefen, und der Verfasser hat es mit höchst anerkennenswerther Ausdauer und grosser Sorgfalt gethan. Schon durch die Mittheilung von viel ungedrucktem Material verpflichtet er den Leser zu Dank. Auch gewährt sein Buch einen gründlichen Einblick in die Kreisrechtsgeschichte im Ganzen und fördert viele interessante Einzelheiten zu Tage. Ich erwähne statt anderer nur die Ausführungen S. 67 ff. über die Anfänge des Kreisausschreibeamtes, S. 91 ff. über den Einfluss Herzog Christophs von Württemberg und Schwabens auf die Augsburger Reichstagsbeschlüsse von 1555, S. 113 ff. über die Entstehung der Bänke, S. 213 ff. und S. 310 ff. über die allerdings ergebnisslosen Kämpfe mit der Landvogtei in Schwaben und dem Land- und Hofgericht.

Den Beschluss bildet ein Abdruck der Executionsordnung des schwäbischen Kreises von 1563. Die 3 schreitenden Leoparden oder leopardirten Löwen im obern Felde des auf dem Titel der Executionsordnung mit abgedruckten Kreiswappens sind, wie hier beiläufig noch bemerkt sein mag, allerdings aus dem Wappen des Herzogthums Schwaben bzw. aus dem der Staufer übernommen.

Möge der Verfasser uns bald den zweiten Band bescheeren, der die Rechtsgeschichte des schwäbischen Kreises bis zu dessen Auflösung darstellen soll.

Basel.

Ulrich Stutz.

Dr. Gerhard Seeliger, Privatdocent an der Münchner Universität (jetzt o. ö. Professor in Leipzig). Die Capitularien der Karolinger, München 1893, J. Lindauersche Buchhandlung (Schöpping). 88 S. 8.

Seeligers Untersuchung richtet sich gegen die namentlich von Alfred Boretius vertretene und begründete herrschende Lehre von den Capitularien. Diese sondert die weltlichen Capitularien bekanntlich in drei Gruppen, die sich nach Entstehung, Bedeutung und Geltungsdauer unterscheiden sollen. Die capitularia legibus addenda haben nach

Boretius volkrechtlichen Inhalt, können darum auch nur zu Stande kommen wie Volksrecht, d. h. nur mit Zustimmung der provincialen Volksversammlungen und haben wie die Volksrechte unbeschränkte Geltungsdauer. Anders die capitularia per se scribenda. Sie regeln die Verwaltung und die öffentlichen Verhältnisse des Reichs und bewegen sich mehr ausführend innerhalb des vom Volksrecht gegebenen Rahmens. Sie werden vom König allein erlassen; geht eine Berathung auf einem Reichstag dem Erlass voran, so hat der Reichstag doch nur *votum consultativum*. Im Princip gelten sie bloss für die Lebenszeit ihres Urhebers; der Nachfolger lässt sie zwar gewöhnlich in Kraft, aber gebunden ist er nicht an sie. Die capitularia missorum endlich waren bloss Instructionen für die *missi*. Sie richten sich nicht als Gesetz oder Verordnung an das Volk sondern bloss an die Beamten, so dass sie nur Zeugnisse der Verwaltungspraxis sind. Sie haben darum nur transitorische Bedeutung, sind auf einen Einzelfall berechnet und schaffen nicht dauerndes Recht.

Der schwache Punkt dieser Lehre war die Annahme einer verschiedenen Geltungskraft der drei Arten. Hierfür gaben die Quellen keinen sichern Anhalt. Aber man konnte sich diese Annahme gefallen lassen, denn sie war die logische Folgerung des Uebrigen. Und dieses, insbesondere die verschiedenartige Entstehung, schien durch die Quellen unmittelbar bezeugt zu sein. Man berief sich vor allem auf die vielbesprochenen Vorgänge des Jahres 803. Damals wurde nämlich in C. 40, 19 mit Beziehung auf C. 39, das Boretius zu den capitularia legibus addenda rechnet, bestimmt: *Ut populus interrogetur de capitulis quae in lege noviter addita sunt, et postquam omnes consenserint, subscriptiones et manufirmationes suas in ipsis capitulis faciant*. In der That waren dann zu Paris in mallo publico diese Capitel vor dem comes Stephanus und den scabinei verlesen und nach Erklärung des consensus von allen scabinei, episcopi, abbatis und comitis unterfertigt worden. Hielt man dies zusammen mit dem bekannten Ausspruch Karls des Kahlen: *lex consensu populi fit et constitutione regis* und mit C. 143, 5: *Generaliter omnes admonemus, ut capitula que praeterito anno legis Salicae per omnium consensum addenda esse censuimus iam non ulterius capitula sed tantum lex dicantur, immo pro lege teneantur*, so schien der Begriff der capitularia legibus addenda im obigen Sinn und ihr Gegensatz zu den capitularia per scribenda sich eigentlich von selbst zu ergeben.

Aber es schien eben nur so. Vor der schärfern Betrachtung, die Seeliger diesen Stellen hat angedeihen lassen, hat die hergebrachte Deutung sich nicht zu behaupten vermocht. Da ist zunächst C. 143, 5 citatum. Man hätte eigentlich schon ohne eine besondere Untersuchung darauf kommen sollen, dass es Unsinn gewesen wäre, zu sagen: Das capitulare legi Salicae additum vom letzten Jahre soll fortan nicht mehr Capitular sondern lex heissen und als lex gehalten werden. Das würde ja nach der herrschenden Ansicht schon damit eingetreten sein, dass es der König mit Zustimmung aller als legi addendum erliess.

Warum ein Jahr nachher das noch ausdrücklich bestimmen? Man muss also nach einer andern Erklärung suchen. Seeliger giebt sie. Die Stelle bezieht sich auf C. 142. Dies Capitular aber ist formell keine kaiserliche Anordnung, sondern der Bericht über einen in Abwesenheit des Kaisers gefassten Beschluss des salischen Volkes oder der salischen Rechtskundigen. Es war zu befürchten, dass das Volk, da es den kaiserlichen Ursprung des Erlasses nicht zu erkennen vermochte, ihn zu befolgen sich weigern würde (vgl. den bekannten Brief Karls des Grossen an Pippin von Italien von 803, C. 103). Darum wird im Jahre darauf ausdrücklich erklärt: Der Erlass ist von uns ausgegangen, und wir wollen, dass sein Inhalt Recht sei. Diese Erklärung scheint uns durchaus zutreffend; sie ist es auf alle Fälle weit mehr, als die von Boretius, so nahe seine Deutung auf den ersten Blick zu liegen scheint. Und ähnlich verhält es sich mit den Vorgängen des Jahres 803. Nicht für das Zustandekommen von C. 39 wurde damals der Consens eingeholt, die volle Gesetzeskraft der Anordnungen wird vielmehr vorausgesetzt. Nur als eine Form der ausdrücklichen Verpflichtung des Volkes auf das neue Gesetz ist er gedacht, es sollte das Volk bzw. seine Vertretung, zu einer förmlichen Verpflichtung auf das Gesetz provocirt werden. Dazu kommt, dass auch zu C. 136, das sogar Boretius nicht als capitulare legi addendum zu erklären wagt, und zur *divisio regnorum* von 806 der *consensus omnium* oder *totius populi* eingeholt wurde, und dass bei manchen angeblichen capitularia legibus addenda die nach der herrschenden Lehre für ihr Zustandekommen erforderliche Einholung der Zustimmung des Volkes unterblieb.

Die Gegenüberstellung von capitularia legibus addenda und per se scribenda ist demnach unhaltbar; weder bezüglich der Art und Weise der Entstehung noch hinsichtlich der Bedeutung lässt sich ein so scharfer Unterschied machen. Noch schlimmer ist es um die Scheidung von capitularia per se scribenda und missorum bestellt; Boretius selbst hat sie an dem Material nicht durchzuführen vermocht. Bestimmungen die sich unmittelbar an das Volk richten, und solche, die nur die missi instruiren sollen, gehen bunt durcheinander. Nach diesem Gesichtspunkt lassen sich nur die einzelnen Capitel, nicht die Capitularien scheiden, wenn man auch weiterhin jene Erlasse, die vorwiegend Anweisungen für die Wirksamkeit der Königsboten enthalten, capitularia missorum nennen mag. Nur ist damit nichts gesagt über die Geltungskraft. Bestimmungen, die auf Dauer berechnet sind, und vorübergehende können in ein und demselben Capitular vereinigt sein. Die Geltungskraft hängt nicht von der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Capitular ab, sondern ist für jedes Capitel eine besondere.

Was dem Referenten immer am meisten Bedenken gegen die herrschende Lehre von den drei Arten von Capitularien und ihre verschiedene Geltungsdauer verursachte, das ist der nunmehr auch von Seeliger geltend gemachte Umstand, dass Ansegis, der umsichtige zeitgenössische Sammler, Capitularien aller drei Gruppen als gleichwerthig behandelt, ja dass die Könige es selbst gethan haben. Boretius freilich

hat sich über dies Bedenken kühn hinweggesetzt; er meinte, wir könnten eben die damalige Zeit besser, als sie sich selbst gekannt, und bemerkten vom unbefangenen historischen Standpunkt aus Gegensätze, die den Zeitgenossen verborgen blieben. Diese seine Zuversicht soll ihm durchaus nicht zum Vorwurf gemacht werden. Seine Lehre durfte als wohl begründet gelten, und sie wurde scharfsinnig und mit Eleganz von ihm entwickelt. Sonst hätte sie sich auch nicht eine solche Beliebtheit erwerben und sich nicht so lange halten können. Als Jurist sieht man sie auch heute nur ungern weichen, als Historiker muss man wünschen, dass man sich möglichst bald und ganz von ihr frei mache. Trotzdem Seeliger mit seiner Abhandlung nur zerstört und — von einer schärferen Formulirung des Gegensatzes von Capitular und Urkunde abgesehen — nichts aufgebaut hat, ist ihm die Wissenschaft, der es allein auf die Wahrheit ankommt, doch zu Danke verpflichtet.

Basel.

Ulrich Stutz.

Dr. Ernst Freih. v. Schwind, a. o. Professor des deutschen Rechtes in Innsbruck, und Dr. Alphons Dopsch, Privatdocent der österreichischen Geschichte in Wien. Ausgewählte Urkunden zur Verfassungs-Geschichte der deutsch-österreichischen Erblände im Mittelalter, Innsbruck, Wagnersche Universitäts-Buchhandlung 1895. XX und 474 S. gr. 8.

Neben die verdienstvolle allgemeinere Sammlung von Altmann und Bernheim tritt mit diesem Buche eine nicht minder dankenswerthe Auswahl von Urkunden, die speciell auf die österreichische Verfassungsgeschichte Bezug haben. Sie ist zunächst für den akademischen Gebrauch in Uebungscollegien und Seminarien berechnet, wird aber sicherlich, dem Wunsche ihrer Veranstalter entsprechend, auch weiteren Kreisen willkommen sein. Denn sie enthält eine Reihe von nicht oder nur in ungenügender Form gedruckten Urkunden und vereinigt in einem handlichen Bande eine ganze Anzahl von Stücken, die auch für den ausserösterreichischen Forscher von Wichtigkeit sind. Ich erwähne statt anderer nur das privilegium minus Friedrichs I. von 1156, Herzog Otakars von Steier Ständerechtsbrief von 1186, Ottos IV. Urkunde zu Gunsten Salzburgs über Gurk von 1209, die beiden österreichischen Landrechte, König Rudolfs Landfrieden von 1276, eine ganze Anzahl von Stadtrechtsbriefen, eine Reihe wichtiger Zoll- und Münzprivilegien, sowie Bergbauordnungen, ferner die Tiroler Landesordnung von 1352, Rudolfs IV. Privileg für die Universität Wien von 1365, u. v. a. Soweit wir es zu beurtheilen vermögen, erscheint uns die Auswahl als eine glückliche; mit Recht haben die Herausgeber den Begriff der Verfassungsgeschichte möglichst weit gefasst und auch die Verwaltungsgeschichte mit hineingezogen. Die einzelnen Stücke sind aus den